



**ORIENTIERUNG
IN DER
ZEITENWENDE**

**EUROPA. GEMEINSAM STARK.
FÜR EINE ZÜGIGE
EU-ERWEITERUNG MIT FOKUS
AUF DEN WESTBALKAN**

Seeheimer Strategiepapier
Oktober 2022



SEEHEIMER KREIS
in der SPD-Bundestagsfraktion



ORIENTIERUNG IN DER ZEITENWENDE

EUROPA. GEMEINSAM STARK. FÜR EINE ZÜGIGE EU-ERWEITERUNG MIT FOKUS AUF DEN WESTBALKAN

Der verbrecherische Angriffskrieg Putins auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende. Die Grundpfeiler der europäischen Sicherheitsordnung sind erschüttert worden. Der Krieg in Europa ist zurück. Dies hat die Ukraine und die EU wieder näher zusammenrücken lassen. Die dramatischen Umbrüche, die der Krieg mit sich bringt, verlangten eine direkte Reaktion der Europäischen Union. Deshalb war es **ein richtiger und wichtiger Schritt, dass die EU Ende Juni die Ukraine auf dem EU-Gipfel offiziell in den Kreis der Beitrittskandidaten aufgenommen hat.**

Darüber hinaus rückt nun wieder verstärkt die gesamte Ost-Erweiterungspolitik in den Fokus, die in den vergangenen Jahren (zu) wenig Aufmerksamkeit erhalten hat. **Eine EU-Erweiterung gen Osten stellt in Hinblick auf unsere geopolitischen Interessen einen klaren Gewinn dar.** Bei einer stark wachsenden Weltbevölkerung und zunehmender Konkurrenz in Wirtschaft, Technologie und Innovation gilt es, ein Gegenwicht zu schaffen, das zukünftigen geopolitischen Machtverschiebungen standhalten kann. Dies gilt gleichermaßen für sicherheitspolitische Fragen: Ein mit der EU-Erweiterung einhergehender Bevölkerungszuwachs und eine im

gleichen Zuge intensivierte militärische Zusammenarbeit bedeutet im Verteidigungsfall – aber auch generell – einen Zuwachs an Souveränität und ein stärkeres Auftreten der EU nach außen. Eine Erweiterung bedeutete neben einer Stärkung unseres europäischen Binnenmarktes und unseres Forschungsstandortes aber auch eine Stabilisierung des europäisch-demokratischen Wertekodexes, der sich im Zuge des aktuellen Weltgeschehens ohnehin großen Spannungen ausgesetzt sieht.

Besonderer Handlungsbedarf liegt in Erweiterungsfragen auf den westlichen Balkanstaaten. Dort haben sich die Lebensverhältnisse seit vielen Jahren stetig verbessert. Die Aussicht auf Frieden, Prosperität und Demokratisierung sowie substanzielle finanzielle Hilfen haben vielfach Fortschritt ermöglicht und dabei geholfen, Streitigkeiten und Spannungen friedlich beizulegen. Die Aufnahme in die EU würde dazu beitragen jene Spannungen in der Region weiter abzubauen und die dortigen demokratischen Kräfte und Strukturen zu stärken und zu schützen. **Eine Erweiterung liegt auch deshalb im Sicherheitsinteresse aller anderen europäischen**





Staaten und demonstriert eine Politik des demokratischen und friedlichen Europas.

Deshalb war der Besuch des Westbalkans durch Bundeskanzler Olaf Scholz Mitte Juni ein starkes und wichtiges Zeichen der Solidarität und Hoffnung hinsichtlich von Beitrittsverhandlungen. Mitte Juli hat der Bundeskanzler dieses wichtige Thema erneut aufgegriffen und gefordert, den Aufnahmeprozess der sechs Westbalkanstaaten zu beschleunigen. Infolgedessen hat die EU eine Woche später offizielle Beitrittsgespräche mit Nordmazedonien und Albanien begonnen. Ein richtiger und wichtiger Schritt für alle Beteiligten und ein großer Tag für Europa. Allerdings reicht dies noch nicht aus. **Vielmehr muss allen westlichen Balkanstaaten nach einer nunmehr 20-jährigen Wartezeit der Beitritt in die EU ermöglicht werden.**

Insbesondere für Bosnien-Herzegowina soll der Beitrittsprozess, der bereits 2016 beantragt wurde, beschleunigt werden, da in dieser jungen Demokratie zwar Frieden herrscht, aber noch viele Spannungen präsent sind, die unter anderem durch externe Akteure wie z.B. Russland ausgelöst werden. Denn Russland hat nach dem Krieg verstanden das Machtvakuum, das auch durch eine fehlende Priorisierung der Beitrittsverhandlungen, entstanden ist, für sich und seine Interessen zu nutzen. Insbesondere vor dem

Hintergrund des Ukrainekrieges und der expansiven Politik Russlands, wäre es deshalb humanitär wie strategisch fatal, Bosnien-Herzegowina die Möglichkeit des EU-Beitritts zu verwehren oder weiter hinauszuzögern. Das schulden wir nicht nur den Menschen in diesem Land, sondern es ist auch in unserem eigenen strategischen Interesse.

In diesem Kontext sind sicherheitspolitische und demokratische Interessen von großer Relevanz und bilden eine solide Grundlage, um die westlichen Balkanstaaten in ihrem Bestreben zu unterstützen. Eine Annäherung an die EU wird den sechs Ländern seit Jahren versprochen und mit Reformempfehlungen verknüpft. Doch fehlen den Regierungen die langfristige Perspektive und das Ziel, um die durchgeführten Reformen vor der eigenen Bevölkerung zu rechtfertigen. Bisher blieb der EU-Beitritt – mit Ausnahme von Nordmazedonien und Albanien - als realistische Option aus. Die EU und insbesondere Deutschland haben viel in die Region investiert, Aufbauhilfe geleistet und wirtschaftliche Zusammenarbeit ermöglicht. Als Europäische Union haben wir nun auch eine Verpflichtung, für unsere Glaubwürdigkeit unserer eigenen Versprechungen zu realisieren.





Seit Jahren stockt der Aufnahmeprozess dennoch. **Die Abschaffung der Einstimmigkeit für Entscheidungen in der Außenpolitik ist deshalb zur Beschleunigung von EU-Aufnahmeprozessen unumgänglich.** Es gilt nun, nach der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien,

weitere notwendige Schritte zu gehen und gemeinsam mit Bundeskanzler Olaf Scholz auf die Aufnahme aller weiteren Westbalkanstaaten in die EU mit Nachdruck hinzuwirken.

SEEHEIMER KREIS

in der SPD-Bundestagsfraktion

c/o Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 11011 Berlin

Tel.: 030 227-70035

Fax: 030 227-70043

E-Mail: seeheimer.kreis@bundestag.de

www.seeheimer-kreis.de

www.facebook.com/Seeheimer.Kreis

Twitter: [@seeheimer](https://twitter.com/seeheimer)

Instagram: [seeheimerkreis](https://www.instagram.com/seeheimerkreis)